
Rudi Friedrich / Connection e.V., interviewt von Peter Birke

Deserteure auf beiden Seiten des Krieges: „Die Idee in die Gesellschaft tragen, dass es einen anderen Weg gibt“

Connection e.V.¹ unterstützt seit vielen Jahren Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus und in aller Welt. Auch im Krieg, den Russland aktuell gegen die Ukraine führt, steht die Initiative auf der Seite der Verweigerer. Peter Birke sprach mit Rudi Friedrich, einem Gründungsmitglied des Vereins, darüber, welche Bedeutung Desertion in diesem Krieg hat, welche Behandlung Deserteure in ihren Herkunftsländern und im Exil erfahren und wie sie in der Bundesrepublik aufgenommen werden – oder aufgenommen werden müssten. Das Gespräch endet mit der Frage, was Kriegsdienstverweigerung zur Beendigung dieses Kriegs beitragen kann.

*

Frage: Connection unterstützt Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine und aus Russland. Welche Ziele verfolgt ihr damit?

Rudi Friedrich: Es ist uns sehr wichtig zu betonen, dass wir Kriegsdienstverweigerer und Deserteure auf allen Seiten des Krieges unterstützen. Für uns sind diese Menschen, die nicht dem Ruf zu den Waffen folgen, ein wichtiger Bezugspunkt. Sie zeigen auf, dass es einen anderen Weg gibt. Sie zeigen ganz praktisch, dass es etwas anderes als die Kriegselogik gibt, die in Bildern von Freund und Feind, in einem „Wir gegen die Anderen“ verbleibt.

Unabhängig davon ist für uns klar: Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss auch gerade im Krieg Gültigkeit haben. Jeder und jede hat jederzeit das Recht, Nein zu sagen. Und dieses Recht muss

¹ [<https://de.connection-ev.org/>].

geachtet werden. Das besagen die internationalen Abkommen und die internationale Rechtsprechung.

Frage: Was unterscheidet einen Deserteur von einem Kriegsdienstverweigerer?

Rudi Friedrich: Es geht für die einzelnen Personen in einem konkreten Krieg immer um die Frage, wie und unter welchen Umständen sie sich der Rekrutierung oder dem Einsatz verweigern können.

Einige sind so klug, dass sie sich schon sehr frühzeitig absetzen, also erkannt haben, dass ihnen eine Rekrutierung drohen könnte. Sie entziehen sich der Einberufung und gehen möglicherweise ins Ausland. Diese Gruppe von Personen nennen wir Militärdienstentzieher. Andere stellen im Militär fest, dass sie sich nicht an diesem Krieg beteiligen wollen. Dann bleibt ihnen gerade im Kriegsgebiet oft nur noch die Option, sich unerlaubt vom Militär zu entfernen. Sie gelten dann als Deserteure.

Als Kriegsdienstverweigerer bezeichnen wir Personen, die entweder gegenüber den staatlichen Behörden oder öffentlich erklärt haben, dass sie den Kriegsdienst verweigern. In Russland und Belarus gibt es derzeit noch ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, es ist aber stark eingeschränkt. So können Soldaten und Reservisten nicht verweigern. In der Ukraine wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu Kriegsbeginn ausgesetzt. Aber ob Kriegsdienstverweigerer oder Deserteur – alle verweigern den Dienst auf ihre Art und Weise.

Frage: Wie stellt sich die Situation von Verweigerern im Alltag dar? Was motiviert Menschen aus Russland und der Ukraine, lange Haftstrafen zu riskieren, die bei Verweigerung in beiden Ländern üblich sind?

Rudi Friedrich: Es gibt sehr unterschiedliche Motive. In einem Krieg werden uns häufig konkrete Situationen oder Ereignisse genannt. Viele sowohl aus Russland oder auch aus der Ukraine sagen, dass sie Freunde oder Verwandte im anderen Land haben und sich überhaupt nicht vorstellen können, gegen sie in den Krieg zu ziehen. Viele Verweigerer aus Russland lehnen auch die Politik der russischen Regierung ab. Wir gehen davon aus, dass sich auf der russischen Seite mehr als 150.000 Militärdienstpflichtige der Rekrutierung entzogen haben.

Diese Motive gibt es auch auf der ukrainischen Seite. Es wird nicht so klar formuliert, aber auch hier haben sich mehr als 140.000 den Rekrutierungen entzogen und sind ins westeuropäische Ausland geflohen.

Frage: Was wisst ihr darüber, wie Deserteure in Russland beziehungsweise in der Ukraine behandelt werden? Wie kann man sich von hier mit den Deserteuren dort solidarisieren?

Rudi Friedrich: In der Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer strafrechtlich verfolgt. Die Ukrainische Pazifistische Bewegung hat einige Urteile öffentlich gemacht, die von einem bis zu vier Jahren Haft reichen.² In Russland gibt es erste Verurteilungen von Deserteuren zu einem Jahr Haft. Inzwischen wurden allerdings die Gesetze verschärft und die möglichen Haftstrafen sind deutlich erhöht worden.

Frage: Wie schätzt ihr die aktuelle Situation der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den kriegsführenden Staaten in Deutschland und in der EU ein? Wie ist ihre rechtliche Situation und wie aussichtsreich sind die Asylverfahren?

Rudi Friedrich: Ukrainische Staatsbürger haben vor allem das Problem, dass mit der Mobilmachung im Februar 2022 Männer zwischen 18 und 60 Jahren die Ausreise untersagt wurde. Es gibt nur wenige Ausnahmeregelungen davon. 8.000 Verfahren wurden bereits wegen versuchtem Grenzübertritt eröffnet. Wenn sie es aber geschafft haben, dann haben sie freien Zugang zur Europäischen Union, können aktuell ohne Visum einreisen, und erhalten hier einen befristeten humanitären Status. Das gilt auch für Verweigerer des Krieges. Aktuell haben sie also keine Probleme mit dem Aufenthalt. Das kann allerdings in zwei oder drei Jahren völlig anders aussehen.

Zu russischen Verweigerern und Deserteuren: Die deutsche Bundesregierung hat im April 2022 erklärt, dass russische Deserteure, soweit sie ihre Desertion nachweisen können, Flüchtlingsschutz erhalten sollen. Diese Aussage orientiert sich in der Tat an der Asylrechtsprechung. Die Verfolgung von Desertion ist zwar kein Asylgrund, wohl aber dann,

² Siehe dazu: Schreiben an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, zur Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine: [<https://de.connection-ev.org/article-3691>].

wenn die Verfolgung eine politische Komponente hat. Die Bundesregierung hat diesbezüglich erklärt, sie gehe davon aus, dass derzeit eine Desertion in Russland als oppositionelle Handlung gesehen werde und damit die Bestrafung auch die politische Haltung treffen solle.

Diese Aussage der Bundesregierung ist zwar an sich erfreulich, aber es gibt zwei wesentliche Haken dabei. Zum einen hat die Bundesregierung ausdrücklich erklärt, dass Militärdienstentzieher nicht unter diese Regelung fallen. Sie sind jedoch der größte Teil der Verweigerer. Zum anderen gibt es kaum ein anderes westeuropäisches Land, das dieser Argumentation folgt. Die Situation russischer Deserteure und Verweigerer, so sie es in die EU geschafft haben, ist also höchst unsicher.

Darüber hinaus gibt es ein weiteres Problem für die Betroffenen. Nur wenige haben überhaupt den Weg bis in die EU geschafft. Von den geschätzt 150.000 Menschen sind vielleicht gerade mal ein Prozent in Westeuropa. Die meisten sitzen in Kasachstan, Georgien oder der Türkei fest, wo sie versuchen, ein Visum für Westeuropa zu bekommen. Sie fühlen sich in diesen Ländern von Abschiebung nach Russland bedroht.

Frage: Wie kann man Kriegsdienstverweigerer konkret unterstützen, wenn sie sich hier in der Bundesrepublik und / oder in der EU befinden? Was sind Eure diesbezüglichen Forderungen an die Bundesregierung?

Rudi Friedrich: Wir haben eine europaweite Kampagne gestartet unter dem Hashtag *#ObjectWarCampaign*. Mit ihr fordern wir Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine ein. Über unsere Website³ lässt sich die Kampagne unterstützen.

Ich erlebe immer wieder in Gesprächen in nicht-politischen Zusammenhängen, dass viele Personen aus der Ukraine oder aus Russland kennen, die möglicherweise militärdienstpflichtig wären. Auch wenn ihre Situation aktuell sicher ist, wäre es wichtig, ihnen die Möglichkeit für eine Beratung zu eröffnen. Dafür stehen wir gerne bereit.

³ [<https://www.connection-ev.org/ObjectWarCampaign>].

Frage: Wie nehmt ihr in Eurer Arbeit die Einstellungen wahr, die Euch in Bezug auf die Migration aus der Ukraine beziehungsweise aus Russland begegnen? Hat sich an den Einstellungen in der Bundesrepublik seit Beginn des Kriegs etwas verändert?

Rudi Friedrich: Im Gegensatz zu den Presseberichten habe ich insbesondere nach der Teilmobilmachung eine große Solidarität für fliehende russische Verweigerer erlebt. Es gab fast keinen, der nicht irgendwo von Freunden, Bekannten oder Verwandten untergebracht wurde, um klären zu können, wie es überhaupt weitergehen kann. Das hat mich sehr erstaunt. Und es hat mich zugleich auch sehr gefreut, dass die Unterstützung im Gegensatz zur öffentlichen Diffamierung von Deserteuren sehr wohl existiert.

Frage: Viele Leute, auch Linke, sagen, dass „Pazifismus“ in der derzeitigen Situation nur ein schöner Traum sei, und dass es jetzt vor allem darum ginge, dass die Ukraine „den Krieg gewinnt“. Wie seht ihr – dagegen – den Einfluss von Kriegsdienstverweigerung und Desertion? Könnte Kriegsdienstverweigerung ein Beitrag dazu sein, den Krieg zu beenden?

Rudi Friedrich: Als ich noch in Celle wohnte – es ist dreißig Jahre her – bin ich immer wieder an einem Graffiti mit einem Slogan vorbeigekommen, der gut bekannt ist: Stell Dir vor es ist Krieg und keiner geht hin. Leider ist das nicht die Realität. Die bisherigen hohen Zahlen der Verweigerungen konnten die Fortführung des Krieges nicht stoppen. Aber sie können sehr wohl die Idee in die Gesellschaft hineintragen, dass es einen anderen Weg geben muss und dass es einen anderen Weg gibt. Und bei so vielen Verweigerungen, wie wir sie jetzt erleben, wird solch eine Auseinandersetzung weit in die Gesellschaft hineingetragen, die Verweigerer haben schließlich Freunde, Familie, Bekannte. Und überall stellt sich dann die Frage: Ist das eine Option auch für mich?

Die aktuelle Kriegsrhetorik der Ukraine und westlicher Bündnispartner, die davon spricht, der Krieg könnte für die Ukraine gewonnen werden, läuft sehr klar auf eine Fortführung des Krieges hinaus. Ich sehe

hier vor allem das Problem, dass damit weitere und tiefgreifende Unterstützung der Ukraine eingefordert wird. Der Krieg wird vorangetrieben. Und Ereignisse wie die Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk oder der Raketenbeschuss Polens zeigen: Eine solche Eskalation ist brandgefährlich. Ich sehe derzeit keine Ansätze der Politik, wie dies geändert werden kann, wie der Krieg wirklich beendet werden kann. Und das halte ich für ein großes Versäumnis, für einen großen Fehler.

Ja, Russland hat den Krieg begonnen, hat die Ukraine überfallen und sorgt für eine weitere Eskalation des Krieges. Und dennoch müssen wir aus dieser Spirale herauskommen, muss es Verhandlungen geben. Die Zahl der Verweigerer auf beiden Seiten zeigt, dass die Zustimmung zum Krieg doch nicht so einheitlich in den Gesellschaften ist, wie die jeweilige Propaganda suggeriert.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/77546

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230405-133544-5

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 34 (2023), S. 219-224



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.